

Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chośebuz



Antrag

Antrags-Nr.:

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktionen PDS und SPD

Antragsdatum:
13.04.2005

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Beigeordnetenkonferenz		☐ Soziales, Gleichstellung, u. Rechte der Minderh.	
☐ Haushalt und Finanzen		☐ Umwelt	
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Hauptausschuss	20.04.2005
☐ Wirtschaft		☒ Stadtverordnetenversammlung	27.04.2005
☐ Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	

Antragsgegenstand:

Garagennutzung auf kommunalem Grund und Boden

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bis zum 31.12.2005 wird eine Aufstellung der Garagenstandorte, die perspektivisch erhalten werden sollen bzw. die mittelfristig abgerissen werden sollen, der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und im Amtsblatt veröffentlicht.
2. Mit den Pächtern von Garagen, deren Standort erhalten bleiben soll, werden Erbpachtverträge für die Laufzeit von 15 Jahren mit Option auf eine jeweilige Verlängerung um 5 Jahre bis zum Ende des I. Halbjahres 2006 abgeschlossen.

Begründung:

Aus dem Schuldrechtsanpassungsgesetz vom 21.09.1994 i. d. Fassung vom 17.05.2002 ergeben sich für Garagen, die zu DDR-Zeiten auf kommunalem Grund und Boden errichtet wurden:

- daß sie seit dem 01.01.1995 nicht mehr verkauft oder vererbt werden können, weil sie mit Beendigung des alten Vertragsverhältnisses per Gesetz in das Eigentum der Stadt übergehen.
- daß seit dem 01.01.2000 die Nutzungsverhältnisse durch die Stadt für diese Garagen ohne Einschränkung kündbar sind und
- daß die Pachtverhältnisse ab dem 01.01.2007 ohne eine Pflicht zur Entschädigung gekündigt werden können. Die Abrißkosten fallen allein dem Garagennutzer zu.

Daraus erwachsen bei den Garageneigentümern soziale Ängste und die potentielle Gefahr von Konflikten. Die diesbezügliche Information der Oberbürgermeisterin in ihrer Rede in der Februar-Stadtverordnetenversammlung hat nicht zu einer Beruhigung der Betroffenen beigetragen. Nach wie vor wenden sich Betroffene sorgenvoll an die Fraktionen. Es ist eine langfristige Lösung anzustreben, wozu dieser Antrag dienen soll.

Unterschriften Antragsteller

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Sitzung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**